

## **BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**

18. Wahlperiode

## **AUSSCHUSSPROTOKOLLE**

A/HaFA (Stadt)

27. Sitzung

23.08.13

### **Haushalts- und Finanzausschuss**

**(Stadt)**

27. Sitzung

am 23. August 2013

im Börsenhof A

Anwesend: Abg. Bensch (CDU)  
Abg. Gottschalk (SPD)  
Abg. Hinners (CDU)  
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)  
Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender  
Abg. Frau Piontkowski (CDU), Vorsitzende  
Abg. Reinken (SPD)  
Abg. Rupp (DIE LINKE)  
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Tuchel (SPD)  
Abg. Weber (SPD)

außerdem sind anwesend:

Staatsrat Lühr	)	
Staatsrat Strehl	)	
Herr Demate	)	
Frau Dillenberger	)	
Herr Duveneck	)	
Herr Kording	)	
Herr Knoop	)	
Frau Kreitz	)	
Herr Meyer	)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Müller	)	
Frau Oberdörfer	)	
Frau Dr. Saebetzki	)	
Herr Dr. Schwieger	)	
Herr Sommer	)	
Herr Trottnow	)	
Frau Willenborg	)	
Herr Dr. Winters	)	
Herr Dr. Sommer		von der Senatskanzlei
Herr Schütte-Thuy		von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Frau Salwender-Horwedel		von der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Frau Heins		vom Senator für Inneres und Sport
Staatsrat Heseler	)	vom Senator für
Herr Wiebe	)	Wirtschaft und Häfen
Herr Borje	)	
Herr Radtke	)	vom Gesamtpersonalrat Bremen
Herr Winsemann	)	
Frau Albers		Werkstatt Bremen
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

Abg. Frau Piontkowski eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr.

## Öffentlicher Teil

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) ist sich darin einig, die Beratung des Tagessordnungspunkts IV. 2. - Produktgruppe 41.03.01; Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge - für die heutige Sitzung auszusetzen. Gleichzeitig beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt), diesen Tagesordnungspunkt auf einer Sondersitzung am 29. August 2013, in der Mittagspause der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), um circa 13.00 Uhr, im Börsenhof A, Raum 301 B-C, zu beraten.

### I. Protokoll

#### 1. Protokoll der 26. Sitzung am 14. Juni 2013

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 26. Sitzung am 14. Juni 2013.

### II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

#### 1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

#### 2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

##### 2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 14. Juni 2013 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Ausschussassistenten, soweit noch nicht geschehen, die Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge entsprechend der Absprache mit dem Finanzressort anzupassen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

**3. Angelegenheiten aus anderen Fachausschüssen, insbesondere aus dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

- keine Vorlagen -

**4. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

**III. Initiativen des Senats**

**1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.**

- keine Vorlagen -

**2. Europaangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

**3. (Controlling-) Berichte/DHS**

**3.1 Produktgruppe 96.01.01**

**hier: Projekt BASIS.bremen (Einführung des Verwaltungs-PC)**

**- Berichtsbitte Nr. 97 der Auftragsliste -**

**- Vorlage 18/369 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.1, setzt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Beratung dieses Tagesordnungspunktes aus.

**3.2 Information über öffentlich Investitionen 2012/2013 im Zuständigkeitsbereich des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

**- Vorlage 18/370 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht über öffentliche Investitionen 2012/2013 im Zuständigkeitsbereich des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

**3.3 Bau einer Asservatenkammer auf dem Grundstück des Polizeipräsidiums Bremen**

**hier: Anfrage von Frau Piontkowski zu Kosten und Problemen  
- Vorlage 18/371 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 3.3, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zum Bau einer Asservatenkammer auf dem Grundstück des Polizeipräsidiums Bremen zur Kenntnis.

**3.4 Bericht über die Kostensteigerungen bei der unterirdischen Anbindung des Stadthauses Vegesack**

**- Berichtsbitte Nr. 42 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/372 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorgelegten Sachstandsbericht über das Stadthaus Vegesack zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt die Streichung der Berichtsbitte mit der laufenden Nummer 42.

**3.5 Berichtsbitten des Rechnungsprüfungsausschusses zu den Kosten der Schulstrukturänderung und zur Beschleunigung der Inklusion im Schulbetrieb**

**- Berichtsbitten Nr. 98 und 99 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/373 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft zur Sitzung am 8. November 2013 den Bericht zu den Kosten der Schulstrukturveränderung (Lfd. Nr. 98 der Auftragsliste) und zur Beschleunigung der Inklusion im Schulbetrieb (Lfd. Nr. 99 der Auftragsliste) vorzulegen.

**3.7 Produktgruppe 68.01.01 Öffentliche Verkehrswege/Finanzhilfen**

**hier: Hst. 3687/884 11-5, Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr („BgA“)**

**- Berichtsbitte Nr. 62 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/375 S -**

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Piontkowski** erklärt **Herr Meyer**, das Gutachten der Präsidentin des Landgerichtes sei im Wege der Amtshilfe und damit kostenfrei erstellt worden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt Kenntnis und sieht damit die Berichtsbitte Nummer 62 aus der Auftragsliste als erledigt an.

#### 4. **Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

##### 4.1 **Prüfung der Rekommunalisierung bzw. Teilrekommunalisierung der Energienetze**

**hier: Aufträge für die Begleitung durch Beratungsgesellschaften  
- Vorlage 18/376 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 4.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion dem beantragten Ausgaben in Höhe von 225.000,- Euro auf der Finanzposition 3901/526 05-1 und der Deckung bei den nachfolgend aufgeführten Positionen in der vorgegebenen Höhe zu.

0680/526 00-1 Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten 75.000,- Euro

0709/531 10-7 Kosten für Wirtschaftsstrukturpolitik, Projektplanung und andere 25.000,- Euro

0709/671 20-0 Erstattung von Personalausgaben für die Umsetzung der Wirtschaftsstrukturpolitik 50.000,- Euro

0900/511 20-5 Postgebühren 75.000,- Euro

##### 4.2 **Einräumung einer Kreditlinie im Rahmen des Cashmanagement für die botanika GmbH - Vorlage 18/377 S -**

**Abg. Rupp** fragt, warum bei einer Fördersumme durch das INQUIRE-Programm in Höhe von 111.701,20 Euro zur Absicherung eine fast dreimal so hohe Kreditlinie in Höhe von 388.000 Euro eingeräumt werden soll.

**Herr Kording** antwortet, die erhöhte Kreditlinie berücksichtige, dass standardmäßig zweieinhalb Monatsumsätze überzogen werden können. Diese Überziehungsregelung habe der Haushalts- und Finanzausschuss seinerzeit selbst festgelegt.

**Abg. Liess** erklärt, die Einräumung einer Kreditlinie bis zum zweieinhalbfachen eines durchschnittlichen Monatsumsatzes diene nicht zum Aufbau eines Defizites, sondern um verzögerten Zahlungseingängen aus dem EU-geförderten INQUIRE-Projekt beziehungsweise dem EFRE-Strukturfonds entgegenzuwirken.

**Herr Meyer** ergänzt, es sei allgemein üblich, dass Zahlungen aus EU-Förderfonds erst nach Beendigung der jeweiligen Maßnahmen geleistet werden und damit zunächst eine Vorfinanzierung unter Einräumung einer Kreditlinie gesichert werden müsse.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Einräumung einer Kreditlinie in Höhe von 388.000 Euro für die botanika GmbH zum 31.12.2015 zu.

**4.3 Verschmelzung der Bremer Ratskeller GmbH auf die Großmarkt Bremen GmbH  
- Vorlage 18/378 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der rückwirkenden Verschmelzung der Bremer Ratskeller GmbH auf die Großmarkt Bremen GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2013 zu.

**5. Vollzug der Haushalte  
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen,  
sonstige Vollzugsangelegenheiten**

**5.1 Anträge auf Nachbewilligung auf den Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2013**

**5.1.1 Produktgruppe 81.01.01**

**hier: Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen, Mittelbereitstellung für Substanzerhaltungsmaßnahmen  
- Vorlage 18/379 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 5.1.1, stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig den Nachbewilligungen bei 0801/634 11-7, in Höhe von 2,168 Mio. Euro und 0801/634 12-5, 0,65 Mio. Euro unter Einsparung bei der Haushaltsstelle 3801/634 11-6 in Höhe von 2,818 Mio. Euro zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen, die haushaltstechnisch notwendigen Stadt-/Land-Umbuchungen vorzunehmen.

## 5.2 Anträge auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung

### 5.2.1 Produktgruppe 41.01.02

**hier: Ausbau von Plätzen zur Sicherstellung von Rechtsansprüchen auf Kindertagesbetreuung in den Haushaltsjahren 2014/2015**

**Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen  
- Vorlage 18/380 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig die Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für das Projekt **KuFz Hohentor** in Höhe von 3.100.000 Euro und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig die Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für das Projekt **Fritz-Gansberg-Str.** in Höhe von 1.500.000 Euro und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig die Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für das Projekt **Neue Vahr-Nord** in Höhe von 2.500.000 Euro und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig die Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung für das Projekt **Schwedenhaus** in Höhe von 2.000.000 Euro und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung.

## 5.3 Anträge auf Sperrenaufhebung

- keine Vorlagen -

## 5.4 Sonstige Vollzugsangelegenheiten

- keine Vorlagen -

## 6. Personalhaushalt/Stellenplan

### 6.1 Zukünftige IT-Unterstützung im Personalmanagement der Freien Hansestadt Bremen

**- Berichtsbitte Nr. 101 der Auftragsliste -  
- Vorlage 18/381 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 6.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zum Abschluss des Vorprojektes zum beabsichtigten weiteren Vorgehen bei der Neuausrichtung der IT-Unterstützung im Personalmanage-



ment und zu den hierfür erforderlichen Finanzbedarf zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der vorgeschlagenen Finanzierung des Projektes KoPers Bremen über den Projektzeitraum 2013 bis 2017 zu und ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltstechnischen Umsetzung und bittet um Einholung der erforderlichen Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2016 und 2017.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Nachbewilligung eines Betrages in Höhe von insgesamt 1.167.000 Euro (548.000 Euro Haushaltsstelle 0950/812 08-5 und 619.000 Euro Haushaltsstelle 3950/812 09-4) unter Einsparung bei den folgenden Haushaltsstellen zu:

- 3992/53911-8, Auszahlung rückerstatteter Versicherungssteuer an umlagepflichtige Beitragszahler in Höhe von 267.000 €
- 0951/42201-0, Bezüge planmäßiger Beamten und Richter in Höhe von 300.000 €
- 0990/46104-0, Globale Mehrausgaben (organisatorische Weiterentwicklung) in Höhe von 300.000 €
- Die verbleibenden Mittel in Höhe von 300.000 € werden durch Einsparungen bei den Personalhaushaltsstellen 0901/42202-8, 0901/42205-2, 0901/42220-6, 0901/42820-4, 0901/42801-8, 0901/42201-0 erbracht.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) ermächtigt die Senatorin für Finanzen, die im Personalhaushalt zur Einsparung angebotenen Mittel in Höhe von 300.000 Euro entsprechend den am Jahresende bei den aufgezeigten Haushaltsstellen vorhandenen Mittel umzusetzen und bis zu diesem Zeitpunkt gegebenenfalls eine anderweitige Deckung als Zwischenfinanzierung heranzuziehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) beschließt einstimmig ferner zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 14.823.000 Euro (6.966.810 Euro Land und 7.856.190 Euro Stadt). Zur Abdeckung der Verpflichtungsermächtigungen sind Mittel in die Haushaltsentwürfe 2014 und 2015 eingestellt worden beziehungsweise werden in 2015 durch Umbewilligung im Vollzug bereitgestellt. Für die Jahre 2016 und 2017 werden die Mittel vom Ressort prioritär im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2016/2017 veranschlagt. Die Senatorin für Finanzen weist darauf hin, dass die Erteilung der beantragten Verpflichtungsermächtigung in 2013 (bzw. für die Folgejahre) eine Mittelbereitstellung in 2014 ff. präjudiziert.

In Höhe der beantragten Verpflichtungsermächtigungen wird die bei der Haushaltsstelle 0995/79010-6, Investiti-

onsreserve, bzw. 3995/79010-5 Investitionsreserve, veranschlagte Verpflichtungsermächtigung nicht in Anspruch genommen.

Die Senatorin für Finanzen wird im Rahmen der generellen Ermächtigungen den erforderlichen Land- / Stadtausgleich vornehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen im Dezember 2013 über die bis dahin erzielten Ergebnisse zu informieren und im weiteren Projektfortgang mindestens jährlich über den Entwicklungsstand zu berichten.

**6.2 Bericht – KOMPAKT – über die Beschäftigungssituation und Beschäftigtenstruktur schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im bremischen öffentlichen Dienst für das Jahr 2012**  
**- Vorlage 18/382 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 6.2, setzt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Beratung dieses Tagesordnungspunkts aus.

**6.3 Produktgruppe 07.02.01 Gefahrenabwehr, Brand- und Katastrophenschutz**  
**hier: Einstellung von 6 zusätzlichen Feuerwehranwärtern in 2013**  
**- Vorlage 18/392 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt der Erweiterung der Ausbildungsplanung 2013 um sechs zusätzliche Feuerwehranwärter zu. Er ermächtigt die Senatorin für Finanzen zur haushaltsmäßigen Umsetzung.

**7. Prüfaufträge**

- keine Vorlagen -

**8. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**

**8.1 Erlass einer neuen Bürgerschaftsrichtlinie der Senatorin für Finanzen für die Freie Hansestadt Bremen zum 01.09.2013**  
**- Vorlage 18/383 S -**

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt 8.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die neue Bürgerschaftsrichtlinie der Senatorin für Finanzen für die Freie Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

### **8.5 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 des Sondervermögens Immobilien und Technik (Stadt) - Vorlage 18/387 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stellt den Jahresabschluss 2012 mit einem Gewinn in Höhe von 2.342.712,00 Euro fest und stimmt der Verwendung zur Bildung eines Gewinnvortrages zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) erteilt der Geschäftsführerin der Immobilien Bremen AöR, Frau Andrea Jost, als Geschäftsbesorgerin des Sondervermögens die Entlastung für das Geschäftsjahr 2012.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig einer Einsparung in Höhe von 49.035,45 Euro bei der Haushaltsstelle 3987/214 14-6, Gewinnabführung vom Sondervermögen Immobilien und Technik bei gleichzeitiger Einsparung bei der Haushaltsstelle 0987/634 14-6, An Sondervermögen Immobilien und Technik, zu und ermächtigt die Finanzverwaltung, einen entsprechenden Land/Stadt-Ausgleich vorzunehmen.

## **9. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

## **IV. Verschiedenes**

### **1. Sachstand der Finanzierung der Jacobs University - Bericht zum Verhandlungsergebnis nach Abschluss der Verhandlungen - (Berichtsbitte Nr. 72 der Auftragsliste)**

Unter Hinweis auf die Behandlung des inhaltsgleichen Tagesordnungspunkts in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt VI. 1., stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) dem Antrag auf Nachbewilligung in Höhe von 3,0 Millionen Euro bei der Haushaltsstelle 0703/892 60-4, Investitionszuschuss für Hochschulbaumaßnahmen unter Deckung durch Mehreinnahmen bei 0986/121 13-7, Von der BreLa, Sonderabschlag für die Einbringung stiller Beteiligungen im Wege der Sacheinlage, zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU gegen die Stimme des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 12 Millionen Euro bei der Haushaltsstelle 0703/892 60-4, Investitionszuschüsse für Hochschulbaumaßnahmen, zu. Zum Ausgleich wird die bei der Haushaltsstelle 0995/790 10-6, Investitionsreserve global

veranschlagte VE in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen um jährliche Controlling-Berichte über den Stand der Umsetzungsschritte und -erfolge sowie die Fortschreibung des vereinbarten Aufbauprozesses der Jacobs University Bremen.

**2. Produktgruppe 41.03.01  
Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge  
hier: Kurzfristige Unterbringung von Asylbewerbern  
- Tischvorlage -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) setzt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes aus.

**3. Flächennutzungsplan zum Bau der A 281**

**Abg. Brumma** bittet im Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan zum Bau der A 281 um einen Bericht über den Stand der Grundstücksverkäufe und eine Darstellung gegebenenfalls bestehender Nutzungsbehinderungen der Abfahrt B 6n zur nächsten Sitzung.

(Ende des öffentlichen Teils)

**Nicht öffentlicher Teil**

(Schluss der Sitzung 17.54 Uhr)

Ausschussvorsitzende

Piontkowski